



## FELIPE GONZÁLEZ -

### DIE JUNGFRÄULICHE PUFFMUTTER

Der Ex-Präsident der Bank van Spanien im Gefängnis und der Ex-Generaldirektor der Guardia Civil auf der Flucht, der Innenminister und der Landwirtschaftsminister zurückgetreten, die ehemaligen Minister Solchaga und Corcuera (Wirtschaft, und Inneres) mußten ihre Abgeordnetenmandate niederlegen, dies ist die Spitze eines Eisbergs, aus Skandalen, der das politische System Spaniens bis in seine Ränder durchzieht. Viele sprechen von "italienischen Verhältnissen", doch der Vergleich hinkt. Nicht private Mafias, die den Staat für ihre Interessen instrumentalisieren, sondern der Staatsapparat selbst, seine regierenden Beamten und Politiker bilden den Kern dieses traurigen Politikabretts, bei der die Gesellschaft ohnmächtig zuschaut.

Im Juni 1993 hatte der PSOE die Wahlen mit dem persönlichen Versprechen von Felipe González - der Partei glaubte man schon damals nicht mehr gewonnen, nun ernsthaft gegen Korruption und Machtmißbrauch vorzugehen. Sein Voizegekandidat dafür, der parteiunabhängige Richter Baltasar Garzón, trat inzwischen von seinem Staatssekretärposten zurück mit dem Vorwurf an Gonzales, ihn als Feigenblatt im Wahlkampf mißbraucht zu haben und sich passiv gegenüber der überschwappenden, Korruptionswelle zu verhalten. Die einzelnen Skandale aufzuzahlen, würde inzwischen ein dickes Buch füllen. In der Öffentlichkeit verschwindet vor diesen vielen Bäumen der dahintersteckende politische Wald. Korruptionsskandale sind erstens konkretes Ergebnis der PSOE-Politik und zweitens übernommene und verfeinerte Erbschaft des franquistischen Staatsapparates.

Drei sich überschneidende Kreise dieser Politik lassen sich unterscheiden. Da sind zum ersten die paramilitarischen Policia Nacional und Guardia Civil mit den damit verknüpften Bürokratien des Innenministeriums. Diese stehen seit jeher im Zentrum von Drogenhandel und Waffenschibereien und in Verbindung mit internationalen Mafias. Ausdruck davon war schon die Affare um die Antiterroristischen Aktionsgruppen GAL einer rechtsradikalen Terrorgruppe, die vom spanischen Innenministerium dafür finanziert wurde, ETA-Mitglieder und -Sympathisanten zu ermorden. Die Regierung konnte

**Kann die Chefin eines Bordells ernsthaft behaupten, Jungfrau zu sein? Kann ein Regierungs- und Parteichef ernsthaft behaupten, von aller Korruption, Unterschlagung, allem Steuerbetrug und sonstigen kriminellen Machenschaften während seiner zwölfjährigen Amtszeit in seiner Regierung und seiner Partei nichts gewußt zu haben? Dies ist die Frage, die Spanien derzeit bewegt.**

bis heute eine vollständige Aufklärung verhindern, obwohl zwei Polizeikommissare dafür ins Gefängnis mußten.

Inzwischen wurde unter anderem bekannt, daß, der ehemalige Generaldirektor Luis Roldán (1986-93) Verhandlungen mit einer französischen Mafia führen ließ, die ihr Geld durch den Erwerb von staatlichen Immobilien in Madrid weißwaschen wollte (darunter auch Geld der ETA, die für diese Reinigung die üblichen Kommissionen von 8~ 10% bezahlte) und dafür Auskünfte über drei Verstecke der ETA in Südfrankreich anbot. Ähnliche Geschäfte hatte diese Mafia schon vorher mit dem militarischen Sicherheitsdienst CESID (Centro Superior de Información de la Defensa) getätigt. Derweil werden regelmäßig lokale Drogenringe mit Nationalpolizisten und Zivilgardisten aufgedeckt. In San Sebastián sah sich die Staatsanwaltschaft kürzlich offen außerstande, die verwickelten Drogenhandel- und Korruptionskreise aufzuklären. Der Geschäftsführer der bekannten Nobeldisko "Ku" und der Leiter der Antiterrorismusabteilung des Baskenlandes Coronel Galindo gehören hier zu den zentralen Figuren. Letzterer gehörte auch zu den Empfängern der regelmäßigen Sonderzahlungen des Reservefonds beim Innenminister. Daraus wurden neben Mafia-Geschäften zusätzliche Gehälter heimlich und steuerfrei auf die

Privatkonten hoher Beamter und Polizisten gezahlt. Diese Praktiken des Sicherheitsapparates sind eine sozialistisch runderneuerte Erbschaft aus der Franco-Zeit. Roldán hatte als letzte Botschaft vor seiner Flucht, wobei ihm seine ehemaligen Untergebenen und die internationalen Mafiakontakte sehr zu Hilfe kamen, seinen potentiellen Verfolgern mitgeteilt: "Wenn ich ins Gefängnis gehe, dann

nicht alleine!" Wer in Polizei und Innenministerium könnte ein Interesse haben, diesen bestens über alle Informierten aufzuspüren? Die Hoffnung ruht allein auf den Journalisten, und Deutsche erinnern sich dabei vielleicht an eine Badewanne.

Der zweite Skandalkreis ist ein genuines PSOE-Produkt und dreht sich um das Wirtschaftsministerium sowie die spanische Zentralbank Banco de España. Die Wirtschaftsminister Boyer (1982-85) und Solchaga (1986-93) entwickelten mit dem Chef der Notenbank Mariano Rubio (1984-92, derzeit hinter Gittern) eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die bei erhöhten Zinsen ein Spekulationsfieber und enorme Börsengewinne sicherte. Der Garant dafür, daß die Verantwortlichen dieser Politik und ihre Freunde, der neureiche sozialistische Jet Set von Madrid, einen erheblichen Teil dieser Spekulationsgewinne steuerfrei auf ihren Privatkonten wiederfanden, war der Börsenmakler Manuel De la Concha (früher Studienkollege, heute Zellengenosse von Rubio). Dieser gründete mit dem Geld der Banco de España die Ibercorp-Bank, die sich auf illegale Scheingeschäfte und Spekulationen spezialisierte. Mit dem Einbruch des künstlichen spanischen Wirtschaftsbooms flog dieses Finanznetz auf. 350 prominente Namen hatten bei der Ibercorp schwarze Konten und zittern nun den bevorstehenden Enthüllungen entgegen.

Jahrelang hatte die sozialistische Regierung die Erfolge dieser Wirtschaftspolitik gepriesen und war dafür in aller Welt (u.a. von Kohl und dem IWF) gelobt worden. Voller Stolz verkündete Solchaga 1988: "Spanien ist das Land Europas und fast der ganzen Welt, wo man am besten schnelles Geld verdienen kann." Vier Jahre später war der Zauber vorbei, die Rezession im Gange, die Großbank Banesto und das Kuwait Investment Office KIO, zwei zentrale Finanzagenturen dieser Phase, sind in betrügerischen Bankrotts aufgefliegen und mehrere Agenten dieser Politik warten auf ihre richterlichen Urteile.

Der dritte Skandalkreis ist ein Produkt des spanischen Parteiensystems, das sich am Ende des Demokratisierungsprozesses schnell verbürokratisierte und entpolitisierte. Hier

spielen nicht aufgeblähte Finanzmakler, sondern kleine Parteibeamte die Hauptrolle. Neben Geld geht es hierbei auch um Posten und politische Mehrheiten. Erster Großskandal aus diesem Kreis war der Fall Juan Guerra, der Bruder des stellvertretenden Generalsekretärs des PSOE Alfonso Guerra, der darüber sein Regierungsamt verlor. Juan Guerra nutzte seine familiären Bande, um vom Parteibüro aus sein Unternehmen mit Aufträgen zu versorgen. Etwas später traten die Skandale um die Schatzmeister der Konservativen Volkspartei Partido Popular Rosendo Naseiro und - unvermeidlich - des PSOE Guillermo Galeote und Carlos Navarro hinzu, die über illegale Scheingeschäfte mit öffentlichen Geldern die Parteikassen auffüllten. Derartiges passiert ebenso wie öffentliche Auftragsvergabe gegen Bestechung und die Veruntreuung öffentlicher Gelder auch in vielen Regional- und Stadtregerungen. Selbstverständlich bleiben die Staatsunternehmen nicht außen vor, wie der Skandal um die Eisenbahngesellschaft RENFE 1992 zeigte. Der damalige RENFE-Präsident und spätere Gesundheitsminister García Valverde mußte wegen illegaler Grundstücksgeschäfte zurücktreten. Damit Parteien und Staat nicht so alleine dastehen, inszenierte die sozialistische Gewerkschaft UGT zu Beginn dieses Jahres ihren "Neue Heimat Skandal", der zur Auflösung der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukooperative führte. Diese hatte sich verspekuliert und geriet in Zahlungsschwierigkeiten, so daß Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern derzeit um ihre Einlagen bangen und von den erhofften Wohnungen nichts außer leeren Grundstücken und halbfertigen Bauruinen zu sehen ist. Die UGT mußte ihr gesamtes Vermögen einsetzen, ohne daE ein Ende der Probleme bisher ersichtlich ist. Die darüber grübelnden Bankiers haben derzeit dringendere Sorgen.

Daß es den Parteibeamten aber nicht nur um Geld, sondern auch um Politik, d.h. die Erringung von Posten, geht, und daß die politische Kultur des PSOE das Handeln ihrer Mitglieder inzwischen völlig bestimmt, zeigten zuletzt die Auseinandersetzungen in dem PSOE-Regionalverband von León. Hier mußte die Polizei auf dem Kongreß im April Schlägereien zwischen den beiden Flügeln, den sogenannten "Guerristas" (benannt nach dem Parteivize Guerra) und den "Renovadores" (Erneuerer, die im Auftrag von González nun den Guerra-Leuten die Posten wegnehmen sollen) verhindern. Hintergrund der Auseinandersetzung war die schon häufiger angewandte Praxis der Guerristas, die Mitgliederlisten mit Namen aufzustocken, die von ihrer Mitgliedschaft gar nichts wußten aber immer für Guerras Kandidaten stimmten. Etwa 1000 "Neumitglieder" dieser Art sollten die Mehrheit der Guerristas sichern. 800 wurden von dem neuen Organisationssekretar des PSOE, dem Renovador Cipriá Ciscar, schlicht wieder ausgebürgert, darunter anscheinend auch ein paar erboste

wirkliche Mitglieder.

Der dritte Skandalkreis verdeutlicht zugleich den inneren Zustand einer Regierungspartei, der nach der Regierung in einer post-felipistischen Ara schwere Zeiten bevorstehen. Die Partei ist gespalten, ihre Flügel kämpfen auf allen Regional- und Lokalkongressen derzeit erbittert um Mehrheiten, ohne daß eine einzige politische Debatte geführt wird. Keine politische Idee konnte einer Fraktion zugeschrieben werden, beide zeichnen sich durch inhaltslose Phrasenrhetorik aus. Das Entstehen dieser beiden Flügel, nebenedenen kritische Minderheiten wie die Izquierda Socialista (Sozialistische Linke) schon lange keinen Platz mehr haben, ist alleine dem Umstand geschuldet, daß sich seit dem Ausscheiden Guerras aus der Regierung Partei und Regierung auseinandergeliebt haben. Die Partei wurde zunehmend zum Regierungsproblem, bis sich Felipe entschloß, seinem Exfreund aus Sevillaner Zeiten Guerra die Kontrolle über die Partei zu entreißen. So werden derzeit regierungnahe Felipistas, die sich Erneuerer nennen, von oben in den Parteiapparat gedrückt, der darüber gespalten wird. Die einen wandeln sich im Handumdrehen in Renovadores, die anderen (Guerristas) verteidigen ihre Stellungen.

Nach außen, d.h. bei den bevorstehenden Wahlkämpfen für das europäische und andalusische Parlament, mochten viele dieser Politiker am liebsten gar nicht mehr als solche erscheinen, um den Beschimpfungen der angesichts der Skandalwelle aufgebrachtten Bevölkerung zu entgehen. Wahlkampfmanager des PSOE zu sein, bedeutet derzeit, auf einem undankbaren Schleudersitz Platz genommen zu haben. Vielleicht wäre die Bevölkerung weniger aufgebracht, hätte sie bei den Wahlen eine Alternative. Dem Partido Popular, einer politischen Herberge vieler Altfranquisten, und ihrem unsympathischen Vorsitzenden Aznar traut jedoch trotz erheblicher Stimmengewinne kaum jemand einen politischen Wandel zu.

An dieser Stelle rundet die Izquierda Unida (Vereinte Linke), das linke Parteienbündnis um den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Julio Anguita, das desaströse Bild der spanischen Politik ab. Nicht nur die Unfähigkeit, den politischen Sumpf der KP zu verlassen, wie es ein Minderheitenflügel um altgediente Linke wie Christina Almeida und Nicolás Sartorius fordern, sondern die Unfähigkeit zu politischer Diskussion überhaupt macht diese Parteienkoalition zu einem ohnmächtigen Zuschauer der Ereignisse. Anguita fordert taglich mit überzogenen Vokabeln wie "Faschismus" den Rücktritt von González und wechselnden Ministern. Sein ganzer Diskurs erschöpft sich in persönlichen Attacken, ohne eine einzige politische Forderung zu nennen. Dabei wäre jetzt eine einmalig günstige Gelegenheit, die Entmilitarisierung der Polizei und Auflösung der Guardia Civil zu fordern, die Trennung von

Wirtschaftspolitik und Finanzkapital auch instrumentell einzuklagen, eine transparente Parteienfinanzierung, Kontrollrechte der Bürger... unzählige radikaldemokratische und linke Programmpunkte wären auf der politischen Tagesordnung, keine einzige wird von der Izquierda Unida ins Feld geführt. Aus persönlichen Verunglimpfungen entsteht jedoch weder eine andere Politik noch eine linke Wahlerschaft. Die traurige Koinzidenz der Diskurse zwischen Anguita und Aznar vervollständigte so die politische Einöde Spaniens.

Den politischen Kommentator, dessen kritische Analysen jahrelang im Ausland auf verbreitetes Unverständnis und Ablehnung angesichts des glänzenden Bildes des neuen demokratischen, modernen, europäischen Spaniens im Ausland stießen, befällt darüber eine gewisse Langeweile, obwohl doch alles immer mehr den Charakter eines Agententhillers annimmt. Wann wird man mal wieder über interessante politische Debatten und Inhalte aus Spanien berichten können? Die letzte tiefgreifendere Auseinandersetzung fand im Vorfeld des Generalstreiks 1988 (14-D", vgl. links 1/89) statt, als die Gewerkschaften gegen die neoliberale Politik der Regierung aufstanden. Seither besteht Politik nur noch aus einem fauligen Gemisch von Wahlen, Skandalen und Kongressen.